

Politik nach den Präsidentschaftswahlen in Moldau

Nach einer Pause von 15 Jahren haben die Moldauer ihren Präsidenten am 13. November erstmals wieder direkt gewählt. Sieger wurde der Vorsitzende der prorussischen Sozialistischen Partei, Igor Dodon, mit leicht über 52% der Stimmen. Nach siebenjähriger Regierung durch die zunehmend unbeliebten sogenannten proeuropäischen Kräfte versprach Dodon, das Assoziierungsabkommen mit der EU zu revidieren und die Beziehungen zu Moskau zu intensivieren.

Trotz dieser drastischen Wahlkampfretorik sind signifikante Auswirkungen auf das politische Tagesgeschäft unwahrscheinlich, vor allem da die Kompetenzen des Präsidenten begrenzt sind. Auch ist ein radikaler Wandel in Moldaus Beziehungen zur EU und der Implementierung des Assoziierungsabkommens nicht zu erwarten. Wie die sogenannte proeuropäische Allianz in der Vergangenheit gezeigt hat, dient eine starke geopolitische Rhetorik eher der Mobilisierung potentieller Wählergruppen, als dass sie spürbaren Einfluss auf tatsächliche Politik hätte. Auch vorgezogene Parlamentswahlen sind in naher Zukunft eher unwahrscheinlich. Angesichts der Unterstützung Dodons durch die Medien des Oligarchen Plahotniuc, wird es, wenn überhaupt, erst zu vorgezogenen Wahlen kommen, wenn der Zeitpunkt dafür im Interesse des einflussreichsten Oligarchen ist.

Verfassungsgericht bestimmt Direktwahl

Seit 2001 wurde der Präsident nicht direkt, sondern durch das Parlament mit einer 3/5 Mehrheit (61 Stimmen) gewählt. Diese Regelung führte in der Vergangenheit oft zu Pattsituationen, wodurch es in 2009 und 2010 zu vorgezogenen Wahlen kam.

Im März 2016 entschied das Verfassungsgericht jedoch überraschend, dass die Änderungen aus dem Jahr 2001 verfassungswidrig seien und führte die Direktwahl wieder ein. Obwohl nicht unumstritten, stieß diese Entscheidung auf Zustimmung beim Großteil der Bevölkerung.

Igor Dodon – der prorussische Kandidat

Der 41-jährige Chef der Sozialistischen Partei war unter der kommunistischen Regierung von 2006 bis 2009 Wirtschaftsminister.

Dodon war der eindeutige Favorit der prorussischen Linken. Er ist aktuell der Führer der größten Oppositionspartei im Parlament. Renato Usatii, ein ebenfalls beliebter prorussischer Kandidat, konnte aufgrund des Mindestalters von 40 Jahren nicht für das Präsidentenamt kandidieren. Es war weiterhin vorteilhaft für Dodon, dass sich Vladimir Voronin nicht zur Wahl

stellte. Der ehemalige Präsident, der eine weitere Schlüsselfigur im linken Lager ist, hatte die Wahl im Vorfeld als „verfassungswidrig“ bezeichnet.

Igor Dodons Wahlkampfretorik betonte die „Wiederherstellung strategischer Beziehungen zu Russland“. So soll unter anderem eine Wiederöffnung des russischen Marktes für jene moldauische Exporte erreicht werden, die Russland während der Annäherung Moldaus an die EU seit 2009 mit Embargos belegt hatte. Gleichzeitig verärgerte Dodon das ukrainische Parlament mit seiner Aussage, dass die „Krim de-facto russisches Territorium“ sei. Daraufhin wurde der ukrainische Botschafter zu Beratungen abberufen und die Kiewer Rada diskutierte mögliche Sanktionen.

Weitere Prioritäten in Dodons Programm waren die Herbeiführung vorgezogener Wahlen, die Lösung des Konfliktes mit Transnistrien durch Föderalisierung, die Sicherung der geopolitischen Neutralität des Landes, die Beendigung der Vereinigungsbewegung mit Rumänien und eine generelle Renaissance des Landes. Im Wahlkampf hatte Dodon auch versprochen, die vor zwei Jahren aus dem Bankensystem gestohlene Milliarde US-Dollar zurückzuholen und entschieden gegen Plahotniuc, den Oligarchen „der das Land kontrolliert“, zu kämpfen.

Laut Umfragen unterstützten vor den Wahlen 40-45% der Wähler Dodon.

Die proeuropäische Kandidatin - Maia Sandu

Auf der proeuropäischen Seite war die Situation anfangs eher unüberschaubar. Mindestens drei Kandidaten wurden laut Umfragen Chancen zugerechnet, in der zweiten Runde gegen Dodon anzutreten. Die Prognosen räumten jedem der Kandidaten ca. 12-15% der Stimmen ein.

Andrei Nastase, Anführer der Massenproteste in 2015, zog jedoch am 21. Oktober 2016 seine Bewerbung zugunsten von Maia Sandu zurück. Mit diesem Schritt wollte er die Teilnahme von mindestens einem „wirklich antioligarchischem Kandidaten (Maia Sandu)“ in der zweiten Runde ermöglichen. So sollte vermieden werden, dass der Kandidat Marian Lupu, Vorsitzender der Demokratischen Partei (die inoffiziell jedoch von Vladimir Plahotniuc kontrolliert wird) in die zweite Runde der Wahl gelangt.

Maia Sandu war vormals eine Beraterin bei der Weltbank. Sie übernahm nach ihrer Rückkehr nach Moldau in 2012 den Posten der Bildungsministerin, wo sie sich durch mehrere Reformen hervortat.

Die wesentlichsten Forderungen ihres Programms waren der Kampf gegen den Oligarchen Plahotniuc sowie gegen Korruption, die Einleitung einer unabhängigen internationalen Untersuchung des Bankenbetrugs und die Vertiefung der europäischen Integration.

Laut Umfragen wurden ihr 12% der Wählerstimmen zugesprochen.

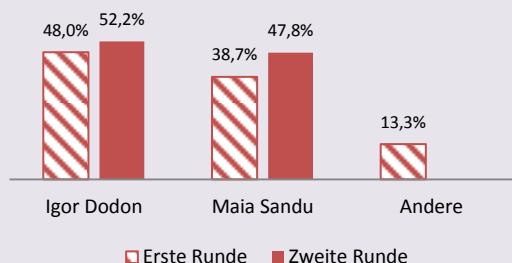
Ein schmutziger Wahlkampf

Der kurze zweimonatige Wahlkampf fand auf zwei Ebenen statt. In der öffentlichen Debatte beschuldigten sich die beiden Kandidaten gegenseitig, eine Marionette Plahotniucs zu sein und in den schweren Bankenbetrug verwickelt gewesen zu sein.

Plahotniuc und seine Demokratische Partei unterstützten offen die Kandidatur Maia Sandus. Die meisten Experten sind sich jedoch einig, dass dies ein Schachzug war, um Sandu zu diskreditieren. Tatsächlich verbreiteten die von Plahotniuc kontrollierten Medien sehr aktiv polarisierende, negative und oftmals fabriizierte Meldungen über Maia Sandu. Von besonderer Brisanz für die moldauische Gesellschaft waren dabei ihre angebliche Verbindung zur Lesben- und Schwulenszene, aber auch Spekulationen, dass sie 30.000 muslimische Flüchtlinge nach Moldau bringen werde. Auch eine Gruppe orthodoxer Priester brachte einige äußerst fragliche Behauptungen über Sandu in Umlauf. Dies war jedoch nur eine unter mehreren Aktionen, die von der Unterstützung Dodons durch die Orthodoxe Kirche zeugen.

So konnte selbst eine beispiellose Mobilisierung der Moldauer im Ausland, deren Wahlbeteiligung von ca. 67.000 Stimmen in der ersten Runde auf über 138.000 Stimmen in der zweiten Runde gestiegen war und von denen 86% der Stimmen an Maia Sandu gingen, nichts am Ausgang der Wahl ändern.

Wahlergebnisse der Kandidaten



Quelle: Zentrale Wahlkommission

Auswirkungen auf die Politik

Trotz der drastischen Rhetorik des Kandidaten Dodon wird sein Einfluss auf das Politikgeschehen begrenzt sein, da die Kompetenzen des moldauischen Präsidenten begrenzt sind. Gesetzesinitiativen, Ernennung des Premierministers, Auflösung des Parlaments, militäri-

sche Mobilisierung und internationale Abkommen sind zwar formal in seiner Kompetenz, bedürfen aber alle der Zustimmung des Parlaments. Der Präsident spielt jedoch eine Rolle bei der Ernennung von Richtern – unter anderem ernennt er zwei der sechs Verfassungsrichter.

Trotz Dodons russlandfreundlicher Rhetorik ist es unwahrscheinlich, dass sich an der Implementierung des Assoziierungsabkommens grundlegend etwas ändern wird. Wie das Beispiel der sogenannten proeuropäischen Kräfte in der Vergangenheit gezeigt hat, dient geopolitische Rhetorik eher der Wählermobilisierung und hat nur geringen Einfluss auf das tatsächliche Politikgeschehen oder die Reformgeschwindigkeit. Dodons Wahlsieg hat damit eher symbolischen Charakter und kann als Indikator für die nächste Parlamentswahl gesehen werden. Sollte es ihm gelingen, das russische Embargo gegen moldauische Früchte und Wein aufzuheben, ohne dabei gleichzeitig ukrainische Handelsrestriktionen zu provozieren, so hätte seine Partei beste Ausgangsbedingungen für die Parlamentswahlen im Jahr 2018.

Dodon hat zwar versprochen, vorgezogene Wahlen herbeizuführen, seine rechtlichen Befugnisse dazu sind allerdings begrenzt. Angesichts der Unterstützung Dodons durch Plahotniucs Medien während des Wahlkampfes sind vorgezogene Wahlen unwahrscheinlich, solange sie dem wichtigsten Oligarchen nicht gelegen kämen.

Autor

Andrian Gavrilita, andrian.gavrilita@mba2016.esmt.org
Andrian Gavrilita war Leiter des Investment Attraction Teams des Premierministers und Büroleiter von Premierminister Gaburici.

Hinweis: Für diesen Text ist nur der Autor verantwortlich. Er gibt nicht notwendigerweise die Meinung des German Economic Team Moldau wieder.

German Economic Team Moldau (GET Moldau)

GET Moldau führt seit 2010 einen wirtschaftspolitischen Dialog mit Entscheidungsträgern der moldauischen Regierung. Es wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Jörg Radeke

Impressum

German Economic Team Moldau
c/o Berlin Economics
Schillerstraße 59
D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@get-moldau.de
www.get-moldau.de